

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg
M. 1.50. Durch die Post
im Orts- und Oberamts-
bezirk, sowie im sonst
im Beck. M. 1.80 m. Post-
bezugspreis. Preise freist.
Preis einer Nummer
10.-

In Fällen höh. Bemerk.
nicht kein Anspruch auf
Erweiterung der Zeitung od.
auf Rückzahlung des
Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle
Buchhändler, sowie Agen-
turen u. Ausdruckerinnen
jedenorts entgegen.

Verantwortl. Nr. 4.
Oskar-Rosen Nr. 24
O. S. L. Buchdruckerei Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einpolige Zeitungs-
werber zahlen 20.- f.
Kleinanzeigen 100
Proz. Aufschlag. Dritte
und vierteljährliche
20.-. Bei größeren
Aufträgen Rabatt, der
im Falle des Abbestel-
lens hinfallig wird,
ebenso wenn Zahlung
nicht innerhalb 8 Tagen
nach Rechnungsdatum
erfolgt. Bei Tarifände-
rungen treten sofort alle
früher vereinbarten
außer Kraft.
Gerichtshand für beide
Teile: Neuenbürg.
Für tel. Nachr. wird keine
Gebühr übernommen.

Nr. 167. Montag den 21. Juli 1930. 88. Jahrgang.

Deutschland
Berlin, 19. Juli. Oberbürgermeister Dr. Böhm hat eine umfangreiche Protestliste eingereicht, in der er sich über das Urteil erster Instanz beschwert, das viel zu hart gegen ihn sei. Diese Protestliste hat er sich für die Berufungsverhandlung in dem Disziplinarverfahren angefertigt. Die 19700 Mark Jahrespension, die ihm zugesprochen worden sind, sei viel zu gering. Er fordert vom Disziplinargericht die regelrechte Pension mit allen ihm zustehenden unverkürzten Rechten, d. h. er will 30 000 Mark haben. Er fährt dabei aus, daß seine dienstlichen Vernachlässigungen nicht so schwerer Natur seien, daß er disziplinarisch bestraft werden könne. Man kann über diese Unmenschlichkeit eigentlich nur den Kopf schütteln.

Berlin, 19. Juli. In der Berufungsinstanz wurde heute das Urteil des ersten Instanz wegen Verurteilung wegen Verstoßes auf die Bestimmungen des Reichsrechts bestätigt. Ein gleiches Urteil erging hinsichtlich der Angeklagten Rothmann und Leo Dirsch. Bei dem Angeklagten von Waldow und bei dem Oesterreicher Bela Groß, die in erster Instanz zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt worden waren, wurde auf eine Geldstrafe von 5000 Mark erkannt. Die Untersuchungsstrafe soll bei v. Waldow mit 2500 Mark, bei Groß mit 1500 Mark angesetzt werden.

Was tut die Württ. Bürgerpartei.
Das „Illmer Tagblatt“, in dem der ältere der bürgerparteiliche Abgeordnete Dr. Dörscher zu politischen Fragen Stellung nimmt, fordert heute die Württ. Bürgerpartei auf, sich vor der Deutschen Nationalen Volkspartei loszuscheiden und schreibt dazu u. a.: „Die Deutsche Nationale Volkspartei ist zerfallen und wird, vom Umfang abgesehen, in der seitherigen Zusammensetzung nicht wiederkehren. Der Trennungstrieb ist gegeben und jeder Widerstand wäre vergeblich und verwerflich. Nun tritt an die Württ. Bürgerpartei die Entscheidung heran und weil diese nicht zu umgehen ist, sprechen wir es klar und klar aus: Ein Verbleiben der Württ. Bürgerpartei innerhalb der Deutschen Nationalen Volkspartei, so wie sie unter Dogenbergs Leitung sich entwickelt, sich selbst vernichtet hat, kann unter keinen Umständen mehr in Frage kommen. Die Württ. Bürgerpartei muß offiziell und in aller Form aus der Deutschen Nationalen Volkspartei ausscheiden und sich selbständig machen, so wie sie es bei ihrer Gründung war, die vor derjenigen der Deutschen Nationalen Volkspartei liegt. Wir halten es für unmöglich, daß die Württ. Bürgerpartei unter der alten, niedergetretenen Fahne in den Wahlkampf tritt. Sie muß vielmehr mit derselben Entschlossenheit, mit der ihr Vertreter Basille und mit ihm die 3 Fraktionskollegen vom Württ. Bauernbund in der entscheidenden Stunde im Reichstag selbständig nach Gewissen und Überzeugung gehandelt haben, jetzt ihre eigenen Wege gehen. Das allein wird ihre Wählererschaft, von einigen Augenweibern abgesehen, verstehen.“

Reichsbanner und Wahlkampf.
Magdeburg, 18. Juli. Das Magdeburger Reichsbanner veranstaltete auf die Nachricht von der Auflösung des Reichstages hin gegen Abend auf dem Domplatz einen Aufmarsch, bei dem der erste Bundesführer Otto Döring über das Thema „Die Wahlparole“ sprach. Döring erklärte, wie schon in früheren Reden, es sei eine Lorbeer der republikanischen Parteien, das Kabinett Müller geführt zu haben. Ueber das Kabinett Dörscher sagte Döring, es habe mit dem Volkswillen, wie er in der letzten Reichstagswahl zum Ausdruck kam, nichts mehr zu tun und schloß seine Ausführungen mit der Erklärung: „Wenn die Parteien nicht wissen, daß die republikanische Front zusammengehört, werden wir alles tun, um die Wähler zur republikanischen Front zusammenzuführen. Wir werden nicht abtreten, ehe nicht die soziale Republik gesichert und durchgeführt ist.“

Das deutsche Staatsvolk muß einen arbeitsfähigen Reichstag schaffen!
Berlin, 18. Juli. Die demokratische Reichstagsfraktion veröffentlicht folgende Erklärung: „In gefährlichster Lage von Volk und Wirtschaft hat der Reichstag seine Weisheit für das notwendige Befähigungsprogramm aufgebracht. Entschlüsselt und schmerzhaft zwischen Mitarbeit und Verneinung haben Parteien rechts und links die Anwendung des Artikels 18 der Reichsverfassung und die Auflösung des Reichstages verweigert. Sie haben damit das deutsche Volk in einer Zeit, in der Verhandlung und Ausgleich der Kräfte geboten ist, in den Trübel des Wahlkampfes gestürzt und der Verheerung durch staatsfeindlichen Radikalismus ausgeliefert. Gesetze von größter Bedeutung für die Ordnung der Reichsfinanzen, Reformarbeiten zur Wiederaufrichtung der Wirtschaft und zur Reorganisation der Verwaltungen, Maßnahmen zur Erneuerung des Weltverkehrs auf Deutschlands Leistungskraft, sind unvollendet geblieben. Die notleidenden Gebiete in Ost und West sehen die erste Hilfe in ungewissen Fernen gerückt. Der Reichstag hinterläßt ein Trümmerfeld. Die freisinnigste Entwicklung begann, als die Hilfsparteien der Großen Koalition nicht den Weg zu einer Einigung über die Sanierung der Arbeitslosenversicherung fanden und die Sozialdemokratie durch einen überleitenden Beschluß aus der Großen Koalition ausschied. Mit Recht hat es das Volk abgelehnt, sich von den staatsverneinenden Kräften der Rechten abhängig zu machen. Dem Reichstagsminister Dietrich fehlte in seinem unerhörten Willen die Befähigung von Finanz und Wirtschaft die parlamentarische Weisheit. Der Reichstag ließ ihn im Stich. In diesem Kampf sind wir uns aber freisinnig der Verantwortung des Parlaments bewußt gewesen. Wir haben vor Augen gehabt, daß das Volk vom Parlament Taten verlangt, und wir haben deshalb unter Zurückstellung von Wünschen und Bedenken alles ver-

sucht, um die Parteien zu praktischer Arbeit zusammenzuführen. Wir haben ebenso alles versucht, um die Anwendung der äußersten Notmaßnahme, die die Verfassung kennt, zu verhindern. Aber doch eine Not vorhanden ist, die nach dem Verlangen des Parlaments diese äußerste Notmaßnahme rechtfertigt, ist unvermeidbar. Die schwer bedrohten Finanzen des Reiches, der Länder und Gemeinden, die Millionen von Arbeitslosen, der Zusammenbruch wertvoller Existenzen, die Verzweiflung wichtigster Berufsstände, sprechen eine deutliche Sprache. Die Regierung wandelt im Geiste der Verantwortlichkeit, wenn sie jetzt gegen die verlegenden Fraktionen an das Volk appelliert. So wahr sie die Verfassung und die Rechte des Volkes. Ein Parlament, das nicht fähig ist, die Sorge für gesunde Finanzen über Parteinteressen zu stellen, untergräbt nicht nur die Grundlage der eigenen Existenz, sondern gefährdet Staat und Kultur und Wirtschaft. Darüber zu richten, ist das deutsche Volk jetzt berufen. Es muß beweisen, daß es kein Interessenthaufen, sondern ein Staatsvolk ist. Es muß den arbeitsfähigen Reichstag schaffen.“

Grav Westarp über die Spaltung der deutschnationalen Fraktion.
Berlin, 18. Juli. In der Spaltung der deutschnationalen Reichstagsfraktion vertritt Westarp in der „Kreuzzeitung“ eine Erklärung, in der es heißt: „Der Artikel 18 ist eine der wenigen Bestimmungen, mit denen die Reichsverfassung dem Staatsoberhaupt eine selbständige Entscheidung zuweist. Die Aufhebung der Notverordnung richtet sich deshalb nicht nur gegen die durch Gegenzeichnung an der Verantwortung beteiligten Regierungsmitglieder, sondern auch gegen den Herrn Reichspräsidenten und die von ihm verfolgte Politik. Den dadurch geschaffenen Gegensatz mit dem Herrn Reichspräsidenten kann ich nicht auf mich nehmen. Wir konnten im Interesse der schwer bedrohten Landwirtschaft der Ostmark und des ganzen Landes nicht auf den sofortigen Erlaß des Gesetzes über die Osthilfe, aber auch nicht auf die wesentlichen Verbesserungen in der Arbeitslosen- und Krankenversicherung, auf die Kammer- und sonstige noch ausstehende Vorlagen verzichten. Wir hielten den Wirrwarr, der mangels einer ordnungsmäßigen Verabschiedung des Staats entstand, für unheilvoll. Mit dem überwiegenden Teil des Landvolkes wollten wir es vermeiden sehen, daß die Durchführung der im April unter unserer ausschlaggebenden Mitwirkung beschlossenen Landhilfe durch die Auflösung und ihre Folgen gefährdet wird. Aufgabe des bevorstehenden Wahlkampfes wird es sein, entsprechend dem Grundgedanken bei der Reorganisation der deutschnationalen Volkspartei die konservativen bodenständigen und rechtsgerichteten Kreise des Volkes einer geschlossenen parlamentarischen Einheit entgegenzuführen und diese in den Kampf um die Befreiung des Vaterlandes einzulassen.“

„Mit Hindenburg für Deutschlands Rettung.“
Berlin, 19. Juli. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei erläßt einen Aufruf, in dem es heißt: Die Deutsche Volkspartei hat in dieser Stunde nur den einen Wunsch: Rüge das Volk die fürchterliche Not von Millionen aus Arbeit und Beruf verworrenen Menschen, von Millionen zerstörter oder gefährdeter Existenzen in ihrer vollen Bedeutung würdigen. Rüge es erkennen, daß nur der Reichstag zu retten vermag, der Arbeitsmöglichkeiten schafft, der der Rettung der Wirtschaft Einhalt gebietet und das Reich finanziell und verfassungsmäßig auf gesunde Grundlagen stellt. Die Reichstagsfraktion der Volkspartei hat einen schweren Kampf gekämpft für ein großes Reformprogramm: zur Wiederaufrichtung der Wirtschaft, zur Rettung von Millionen Menschen aus Arbeitslosigkeit und Elend, zur Befähigung der Finanzen des Reiches, Länder und Gemeinden. Was sie erstrebte, hat sie nicht voll erreicht. Erreicht aber hätte sie, daß die von der Regierung vorgezeichneten Maßnahmen wirkungsvoll ergänzt wurden durch Stärkung des Verantwortungsgefühls für Sparmaßnahmen in den Gemeinden und dem Ziele der Senkung der erdrückenden Realsteuern, wofür die Fraktion seit Jahr und Tag kämpfte. Wenn sich die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei in dieser Stunde in alter Treue dem Reichspräsidenten zur Verfügung stellt, und der von ihm mit allen Vollmachten ausgestatteten Regierung ihre Unterstützung leistet, so tut sie dies in dem Bewußtsein der Verantwortung für die Gesamtheit des deutschen Volkes, das ihr zu allen Zeiten höher stand, als jede parteipolitische Rücksicht. Das Volk muß nun entscheiden, ob es den zerstörenden und anstößenden Kräften unverantwortlicher und verblendeter Parteipolitiker mehr Vertrauen schenken will, als dem jederzeit bewährten, vorbildlichen vaterländischen Pflichtgefühl Hindenburgs. Der Aufruf schließt wirkungsvoll: Mit Hindenburg für Deutschlands Rettung, das soll unser Wahlpruch sein.“

Weitere Berliner Pressekritiken zur Reichstagsauflösung.
Berlin, 19. Juli. Die „Kölnische Zeitung“ wendet sich an die deutschen Wähler, von denen das Blatt verlangt, einen Reichstag zu wählen, der es dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung ermöglicht, eine einseitige Politik nach innen und außen zu treiben, ohne den Pflichten der Reichsverfassung und bedenklichen Rücksichten. Ein trübes Bild entwirft die „Kölnische Zeitung“ über den kommenden Reichstag. Das Blatt bedauert aufs lebhafteste die Spaltung der deutschnationalen, die von tiefgehendem Einfluß auf die deutschnationale Wählererschaft sein werde. Der Zerplitterung auf der Rechten steht die unerlöschliche Weisheit der Linken gegenüber. Auch die „Tägliche Rundschau“ äußert die Befürchtung, daß der nächste Reichstag in ähnlicher Weise arbeitsunfähig sein werde wie der letzte. Der „Deutsche“ nennt die Selbstbefähigung eines weiten Teiles der deutschnationalen einen erfreulichen Zug in dem unerlöschlichen Geschehen. Dänen noch mehr deutschnationale Abgeordnete dieses Verant-

wortungsbewußtsein geteilt, so wäre die Reichstagsauflösung vermieden worden. Schon heute kann gesagt werden, daß der kommende Wahlkampf einer der erbittertesten Kämpfe sein wird. Dogenbergs „Vollanzeiger“ beschränkt sich im wesentlichen auf eine kritische Beleuchtung des Bruchs in der deutschnationalen Volkspartei und bezeichnet das Ausschneiden eines Drittels der jetzigen Reichstagsfraktion als einen überaus schmerzlichen Verlust für die deutschnationale Volkspartei. Diese Entscheidung sei aber letzten Endes die Folge davon, daß die Führung der deutschnationalen Volkspartei mit dem Programm der Partei wirklich ernst gemacht hat. Der Verlust wird verstanden werden. Aus der fast 2 Jahre andauernden Genesungsstrie tritt die Partei jetzt in die Genesung ein.

20 000 neue Wohnungen.
Berlin, 19. Juli. Das Reichsarbeitsministerium hat jetzt Grundzüge für die Durchführung des zusätzlichen Wohnungsbauprogramms des Reiches den Länderregierungen zugeleitet. Dieses Wohnungsbauprogramm des Reiches ist ein Teilschnitt aus den Maßnahmen der Reichsregierung zur Bekämpfung der Wirtschaft und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Es verfolgt den Zweck, durch Förderung des Kleinwohnungsbaues sowohl der ganz erheblichen Arbeitslosigkeit bei den Bauarbeitern und in der Bauhilfsindustrie abzuwehren, wie auch an Orten mit einem wirtschaftlich gerechtfertigten Wohnungsbedarf Wohnungen mit Mieten herzustellen, die von den minderbemittelten Schichten getragen werden können. Zur Durchführung des zusätzlichen Wohnungsbauprogramms stellt das Reich einen Betrag von 100 Millionen Reichsmark zur Verfügung, der auf die Länder nach Abzug eines Ausgleichsbedarfes von 15 Millionen Reichsmark nach Maßgabe des Wohnungsbedarfes und der Arbeitslosigkeit verteilt wird. Aus diesem Betrage werden Reichsdarlehen gegeben, die zunächst mit einem Prozent verzinst sind. Die Gesamtanzahl der Wohnungen muß so sein, daß angemessene, für die minderbemittelten Schichten tragbare Mieten gewährleistet sind. Die Grundzüge des Wohnungsbauprogramms des Reiches sind dem Reichspräsidenten vorgelegt worden. Es ist ferner Voraussetzung für die Reichsdarlehen, daß durch die Bauvorhaben der Arbeitsmarkt erheblich entlastet wird und zwar insbesondere in denjenigen Gebieten, in denen unter den Bauarbeitern eine besonders starke Arbeitslosigkeit besteht. Das Reichsarbeitsministerium wird zusammen mit den Ländern die Einhaltung der für das Wohnungsbauprogramm aufgestellten Grundzüge genaustens überprüfen. Es wird erwartet, daß durch die Maßnahmen des Reiches zusätzlich rund 20 000 Wohnungen erstellt werden können.

Ausland.
Rom, 19. Juli. Mussolini erklärte in einem Interview, daß die Unstimmigkeiten zwischen Frankreich und Italien behoben seien.

Aus Stadt und Bezirk.
Der Herr Staatspräsident hat u. a. übertragen eine Studienratsstelle mit mathematischem (physikalischem) Lehrauftrag dem Studienrat Steuer an der Realschule in Wildbad; eine Studienratsstelle mit naturwissenschaftlichem Lehrauftrag an der Realschule in Neuenbürg dem Studienrat Josef Braun datselbst.
Der Herr Staatspräsident hat u. a. eine Studiendirektorstelle der Or. 1a übertragen dem Studienrat Dr. Großmann an der Realschule in Neuenbürg.
Im Bereich der Oberpostdirektion Stuttgart ist der Postmeister Reichert in Wildbad auf Ansuchen nach Calmbach versetzt worden.
Neuenbürg, 21. Juli. Wieder war es Herr Kasche aus Zornau, der Samstagabend anlässlich der von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei einberufenen öffentlichen Versammlung im Wärensaal das Referat hielt über „Warum sind wir Nationalsozialisten so verhasst“. Der temperamentvolle Redner, der sich in nahezu zweistündigem fließendem Vortrag seiner Aufgabe entledigte, ging zunächst auf die vollzogene Auflösung des Reichstages ein, der schon über ein Jahr lang in Agonie gelegen habe. Mit beifolgendem Blick meinte er, das deutsche Volk habe Grund, ob dieser Tatsache traurig zu sein. Auch dieses Mal verplauderte er in der Hauptstadt die sog. Mittelparteien, angefangen von der Deutschen Volkspartei über die Demokraten, das Zentrum zu den Sozialdemokraten, während die Kommunisten nicht erwähnt wurden. Der geweseene Finanzminister von der Deutschen Volkspartei, Herr Roldenbauer, scheint es ihm besonders angetan zu haben, der im Frühjahr verbankete, es müsse endlich mit der Finanzreform und Steuerentlastung bis zum Herbst ernst gemacht werden. Aber anstatt der verdrückenden Steuerentlastung von 600 Millionen Reichsmark seien Steuererhöhungen von über einer Milliarde Reichsmark vorgesehen. Seine Ministerpension für 4 Monate geeigneter Tätigkeit solle nun zeitweilig jährlich 30 000 Reichsmark betragen. Es sei ein Schwindel, wenn die Deutsche Volkspartei mit dem Namen Stresemann Reklame zu machen verusche. Stresemann sei ein Unglück für Deutschland gewesen, das sehr die Landwirtschaft heute ein, weil auf ihre Kosten die Industrie überzählet worden sei. Der Großmeister einer Freimaurerloge habe gesagt, Stresemann habe stets vor großen außenpolitischen Entscheidungen seinen Rat gesucht. Nach einem Loblied auf die Demokraten von 1848 kam er auf die Demokraten von heute zu

sprechen, denn er bei den kommenden Wahlen eine Weiße vor-
aussetzte. Das Zentrum verglich er mit dem berühmten west-
fälischen Schinken (außen schwarz und innen rot). Der Young-
plan sei außenpolitisch das Hauptobjekt der Nationalsozialisten
bis zur Vernichtung. Tardieu habe in der französischen Kam-
mer erklärt, nach einem Abkommen mit der deutschen Dele-
gation sei den Franzosen das Recht zugesprochen worden,
wieder in das Rheinland einzumarschieren, falls die National-
sozialisten ans Ruder kämen (Erregte Juriste: Ist das wahr?
Redner: Jawohl ist das wahr!). Freiberger von Stein habe 1813
den Freiheitskampf geführt, aber nur weil alle Volksgenossen
opferter, nach dem Weltkrieg sei es jedoch in Deutschland jedem
Galizier, Franzosen und Chinesen erlaubt gewesen, nach
Deutschland zu kommen, um das deutsche Volk zu beschimpfen
und zum Aufstieg zu legen, während nationalen Männern der
Mund geschlossen worden sei. Erbitterter Kampf gelte der
Futterkrise, die namentlich in Preußen unter der
Sozialdemokratie zum Dummel fröhe. Und weil die National-
sozialisten den Kampf gegen die Versorgungswirtschaft führen,
deshalb der daß gegen sie. Besondere Erbitterung verursache
das Uniformverbot. Wenn eine Regierung Angst vor den Deutschen
und Fremden einer Bewegung habe, dann müsse sie aus dem
letzten Loch. Von den kommenden Wahlen verbreiten sich die
Nationalsozialisten mindestens 50 Sitze. Danach beanspruchen
sie das Innenministerium und erst das Reichswehrministerium.
Diese Ministerien sollen den Nationalsozialisten gehen und
innenpolitisch die Verwaltung über geschickte Hände bringen.
Erbitterter Kampf gelte dann den bestehenden Verträgen, weil
sie in ihrer Auswirkung sich als katastrophal für das deutsche
Volk erweisen. Das deutsche Volk könne kein Völkerbund und
keine Internationale retten, sondern einzig und allein die
nationale Kraft des eigenen Volkes. Und das wollen wir, trotz
der Redner seinen beifällig aufgenommenen Vortrag. In der
nun folgenden Aussprache wurde von verschiedenen Seiten der
Wille der Nationalsozialisten anerkannt, zu besseren Verhältnissen
zu kommen, wie aber sei nicht recht erklärlich. In
weiteren Ausführungen betonte der Redner, daß die National-
sozialisten durch das Innenministerium oder das Reichswehr-
ministerium zur Diktatur kommen wollen und dann auch
ihre Macht ausüben werden. Innenpolitisch müsse dann die
Arbeitslosenbeschränkung durch mehr Land zur Behebung und
andere Maßnahmen in Angriff genommen werden und das Volk
für die Kriegsverbrechen und Verbrechen aufkommen
während außenpolitisch durch geschickte und entschlossene
Vandenspolitik die Revolution der Verträge erreicht werden solle.
Man dürfe nicht glauben, daß das französische Volk gegen die
mit Italien verbündete Deutschland marschieren werde und
erst recht nicht, um den amerikanischen Banken das Geld aus
dem Youngplan einzutreiben. Frankreich habe den amerikani-
schen Banken erst dann Zahlung seiner Schulden zugesichert,
als Deutschland seine Unterwürfigkeit unter den Youngplan feierte.
Wenn die Nationalsozialisten zur Regierung kommen, werde es
ihre Aufgabe sein, das deutsche Volk zu diesen Gedanken zu
erziehen. Unbeantwortet blieb die Frage der Einstellung der
Nationalsozialistischen Partei zu den übrigen Parteien im
kommenden Reichstag. Zu vorgeschlagter Stunde konnte der
Verammlungsvorstand die ohne jede Störung verlaufene Ver-
sammlung schließen.

(Wetterbericht.) Im Norden liegt noch eine Duvref-
fion, bei Spanien ein Hochdruck. Für Dienstag und Mittwoch
ist zeitweilig aufhellendes, aber vorwiegend trübes Wetter
zu erwarten.

Calmbach, 20. Juli. Der allseitig geachtete Johann Fried-
rich Köhle, früherer Pfäfersmeister, und seine Ehefrau
Marie Küste, geb. Blau, konnten heute in voller Rüstigkeit
das Fest der goldenen Hochzeit feiern. Der Jubelbräutigam ist
74, die Braut 76 Jahre alt. Am 18. Juli 1880 in der hiesigen
Ortskirche getraut, wurden sie heute unter reger Beteiligung
der Gemeinde und im Beisein ihrer beiden Kinder und ihrer
drei Enkel, aufs neue eingeweiht. Vom Staatsministerium
wurde ihnen eine Plakette, vom Kirchenpräsidenten ein wert-
volles Gefäßbuch und von der Gemeinde ein anschauliches Ge-
schenk überreicht. Möge dem Jubelpaar ein langer, angenehmer
Lebensabend beschieden sein.

Württemberg.
Stuttgart, 19. Juli. (Baugeldzuteilung der Oeffentlichen Bau-
sparkasse Württemberg.) Am 18. Juli 1930 konnte in den Räum-
en des Würt. Sparkassen- und Giroverbands in öffentlicher Handlung
die zweite Baugeldzuteilung vorgenommen werden. In ihr
nahmen teil alle Baupläne, deren Vertragsdatum nicht nach dem
1. April 1930 liegt. Zugestellt wurden an weitere 25 Baupläne RM.
154.000. Die kleinste zugestellte Vertragssumme ist 2000 RM, die
höchste 24.000 RM. Insgesamt sind seit der Geschäftseröffnung am

1. November 1929 an 35 Baupläne 222.000 RM gestellt worden.
Die Darlehen werden zu 4 Prozent Zins ausbezogen. Die Baupläne
wohnen in den Gemeinden Aldingen, Kutenhofen, Dietzhofen, Dap-
fingen, Dunningen, Eibensbach, Ehlingen, A., Elbhausen, Feuerbach,
Güldenfeld, Kammelsheim, Lorch, Plödingen, Ravensburg, Reutlingen,
Riß, Schwenningen, A., Ulm, D., Vöhlingen, S., Weingarten, Winter-
bach, Zumlhof.

Stuttgart, 20. Juli. (Militärschuld.) General der In-
fanterie Hermann von Kämpfer kann dieser Tage sein 60jähriges
Militärschuld jahren. General von Kämpfer hat den Krieg
1870/71 mitgemacht. Im Kriege 1914—1918 war er Kommandeur der
21. Reservebrigade. Der Jubilar erfreut sich noch voller körperlicher
und geistiger Frische. Von den aktiven Offizieren, die den Krieg 1870/71
mitgemacht haben, leben noch Generalleutnant von Seibbe und Ge-
neralmajor von Renner.

Stuttgart, 20. Juli. (Anfang eines kleinen Stuttgarter Bank-
hausens.) Das Bankhaus S. Stammer und Co., das im Laufe der
letzten Jahre seine Geschäfte stark eingeschränkt hat, hat die Zah-
lungen eingestellt. Diese Bankinsolvenz ist für den Stuttgarter Platz
von geringer Bedeutung. Dem Bankhaus stehen hypothekarische Kredite
nahe.

Mühlhausen OÄ. Stuttgart, 18. Juli. (Mühlhausen soll
nach Stuttgart eingemeindet werden.) Von besonderer Be-
deutung war in der letzten Gemeinderatssitzung die Frage der
Eingemeindung. Der Gemeinderat ist sich darüber klar, daß
die Reichsgemeinden des Amtesoberamts Stuttgart im Nordteil
— Mühlhausen und Jazenhausen — nicht mehr allein beim
Amtesoberamtsbezirk Stuttgart-Am Weiden können, sondern
daß sie wohl oder übel dem Oberamtsbezirk Ludwigsburg zu-
geteilt werden müßten. Die Stimmung im Gemeinderat und
auch in der Gemeinde ist aber laut Gannstatter Zeitung auf
keinen Fall für die Zuteilung der Gemeinde Mühlhausen zu
dem Oberamtsbezirk Ludwigsburg. In diesem Bezirk hat
Mühlhausen weder wirtschaftliche noch Verkehrsbeziehungen.
Der Zug von Mühlhausen geht einzig und allein über Mün-
ster nach Stuttgart.

Heilbronn, 20. Juli. (Töblicher Unfall im Salzwerk.) Gestern
morgens ereignete sich im Schacht des hiesigen Salzwerkes ein schmerz-
haftes Unglück. Der 52jährige Bergmann Hermann wurde bei einem
Sprengschlag so schwer verletzt, daß er noch an seiner Arbeitsstätte
verstarb. Ein zweiter Bergmann mußte schwer verletzt ins Nach-
hause Krankenhaus gebracht werden.

Geisingen-Unterhausen, OÄ. Reutlingen, 19. Juli. (Vereinigung
beider Reichsdörfer.) Bei den Gemeinderatsbeschlüssen und der neuen
Gesamtgemeinde Unterhausen besteht die Pflicht, durch eine Auslosung
beider Verwaltungen die Frage der Vereinigung beider Reichsdörfer
der alten und der neuen, zu klären. Einigen ist die beiden Gemein-
den auf dem Boden eines vernünftigen Ausgleichs, so würden damit
nicht nur der Bewirtschaftung der beiden Höfen, sondern dem ganzen
Gemeinwesen im Vordringen neue Wege erwiesen.

Smünd, 19. Juli. (Ein Heiratsgeschick aus der Luft.) Ein
Heiratsgeschick aus der Luft war, wie sich jetzt herausstellte, der kleine
Ballon aus England, der am Montag in Zimmern gefunden wurde.
Der Finder erhielt dieser Tage ein sehr lebenswürdiges Schreiben.
Der kleine Ballon aus Norfolk in Norfolk, das zwar kein Ver-
weigerung darüber Ausdruck gab, daß der Ballon mit den Wünschen
ihres Herzens sowohl außer Landes geflogen sei, aber trotzdem ein
Wiederkehrer sei. Auch ein kleines Bild der kleinen Fräulein
Vansloot beigefügt, aus dem ihre zornige Geste die Be-
schauer einladend anlächelt. Sie ist, was noch zu verraten sei, Stenotypist
auf einem Ingenieurbüro. Der Ballon ihres Herzens wurde von
ihm am Montag, 7. Juli, morgens 8:45 Uhr aufgegeben und landete
obwohl gegen 8 Uhr in Zimmern. Die zarten Hoffnungen, welche
der Ballon, denn — o Schmerz! — der irdische Finder ist bereits
verheiratet. Aber nichts hat sonst jemand Lust und Neigung, sich
der Ballon anzunehmen. Ihr gelungener Einfall, sich einen
Bräutigam aus der Luft zu holen, verdient zum mindesten eine
Belohnung.

Vöhrich, 19. Juli. (Berleinsfall.) In einer außerordentlichen
Hauptversammlung hat der Turnbund nach 33jährigem Bestehen
beschlossen, sich mit der Turngemeinde zu verbinden, d. h. zur Mutter
zuzuschließen, die man im Jahre 1898 verlassen hatte.

Weingarten, 18. Juli. (Die Pfarrhauswirtschafte festgestellt.)
Zeit Ende April 1930 wurden die katholischen Pfarrhäuser
Wartensberg und des bayerischen Pfarrhaus planmäßig von
Einkaufsverfahren beimgelassen. Verschiedene Umstände liegen
erkennt, daß mehrere Gruppen getrennt arbeiten. Eine dieser
Gruppen konnte, wie schon kurz berichtet, in Weingarten fest-
genommen und bis jetzt 7 solcher Einkäufe überführt werden.
Die beiden Pfarrgemeinden, Johann Baptist Dingler, 39 J. a.,
Schmidmacher von Sammlersbüden, OÄ. Lötzingen, und Martin
Dingler, 31. J. a. Zuhilfenahme von Ravensburg, sind nun
ganzständig die Einkäufe in Eggartsfeld, Schlier, Urtan, Tig-
feld, OÄ. Mühlhausen, Bödingen, OÄ. Ellwangen, Dauten, OÄ.
Kottweil und Dautmergen, OÄ. Kottweil, verübt zu haben.
In den Rufen Urtan, Tigelfeld und Dautmergen drangen die

Burschen bis in die Schlafzimmern der Gestlichen vor und wäh-
rend der eine den Gestlichen in Schach hielt, suchte der andere
die Wertgegenstände zusammen. Da es sich bei diesem um 2 sehr
schwer vorbekehrte, raffinierte arbeitende, gewerbdmännliche, re-
sende Einbrecher handelt, sind ihnen noch eine Reihe von
Straftaten zur Last zu legen, weshalb sie zur Verurteilung an
den Zusammenhang mit solchen dem Landesstrafkriminalpolizeiamt
in Stuttgart zugeführt worden sind. Die anderen Gruppen
der Pfarrhauswirtschafte sind immer noch am Werk.

Fischbach a. B., OÄ. Lötzingen, 19. Juli. (Töblicher Unfall.)
Als am Donnerstag morgen der Landwirt Franz Kramer und sein
Frau vom Futterhofen nach Hause kamen, fanden sie den 77 Jahre
alten Vater, August Kramer, bewußtlos und blutend in der Scheun-
e liegen. Er hatte, wie jeden Morgen, Scheur und Stall angefüllt,
und war vermutlich die neben ihm liegende Leiter hinaufgeklommen.
Dabei rutschte er (wie schon öfters) einen plötzlichen Schwindelattacke
und stürzte auf den harten Boden der Tenne herab. Der herbeig-
rufene Arzt konstatierte einen Schädelbruch mit schwerer Gehirn-
erschütterung. Ohne das Bewußtsein wieder zu erlangen, verstarb
der Unglückliche.

Friedrichshafen, 19. Juli. (Der Tod in der Fremde.) Wie dem
„Siedler“ aus Guatemala berichtet wird, ist der frühere Anhaber der
Teufelsmühle, Richard Orrego, auf tragliche Weise ums Leben ge-
kommen. Herr Orrego hatte am 27. Juni seine kleine, Fraulein
Bohner, in Puerto Barrios ab, die ihn auf seiner Reise nach Hun-
derto besuchen wollte. Auf seinem kleinen Flugdampfer befanden
sich sechs weitere Personen. Kurz vor der Einfahrt von Livingston kenterte das Boot infolge überaus starker
Wellengangs, wobei das Boot umgeworfen wurde. Hierbei fand
Richard Orrego, seine Frau, Fräulein Bohner, sowie sechs weitere
Personen den Tod in den Wellen. Sein Sohn Theo konnte sich fünf
Stunden im Wasser halten und sich mit größter Mühe dadurch retten.
Mit ihm rettete sich außerdem ein weiterer Passagier des Bootes
„San Humberto“. Die Leichen der Verunglückten waren bei An-
kunft des Bootes noch nicht gefunden. Da sich im Rio Dulce
viele Haisfische befinden, sind diese Bergungsarbeiten nicht ungeeignet.
Reutlingen, 18. Juli. (Steuererleichterungen.) Durch den kom-
munisten Kostensenkung betrogen die Reichssteuerüberwachen
die Bezugsgebiete im Rechnungsjahre 1930 gegen 1929 50 000
Reichsmark mehr, wodurch die Gemeindefinanzen so ziemlich ge-
meinhin um einige Prozent gekürzt werden können. — Dadurch, daß in
Staatshaushaltsgesetz das Kataster der Waldungen von 110 auf 115
v. H. und das übrige Grundkataster von 100 auf 50 v. H. zur
Steuerung herabgesetzt wurde, hat der Bezirk an Staatsrenten
1930 34 000 RM weniger aufzubringen.

Ellwangen, 18. Juli. (22 Prozent Umlage.) Das Oberamt
den Stadt. Vorschlag 1930 zu nachmaliger Stellungnahme zu in
Höhe der Gemeindefinanzen zuzüglich. Das Oberamt hat den drin-
genden Rat, die Gemeindefinanzen um 1 Prozent, wenn nicht um 2 Pro-
zent zu erhöhen, da andernfalls die Aufschlagsbedeute von dem in
eingekommenen Geld der Veränderung der Umlagerhöhung bedeu-
den müßte. In der Aussprache im Gemeinderat wurde betont,
daß mit einer Umlage von 2 Prozent auszukommen sei, wenn man
über den der Aufschlagsbedeute gezwungen werde, müsse man sich den
sagen. Am 17 gegen 8 Stimmen wurde beschlossen, die Gemein-
definanzen 1930 auf 22 Prozent herabzusetzen.

Hall, 19. Juli. (Vandensversammlung der würt. Ortsverbände.)
Aus Anlaß der hier stattfindenden Tagung des Vereins der würt.
Körperschaftsbeamten hielt die Vereinigung der würt. Ortsverbände
unter Vorsitz von Staatsrat Roth ihre Mitgliederversammlung ab.
Nachdem Stadthalter Dr. Pönging die Versammlung begrüß-
te, erklärte Staatsrat Roth den Geschäftsbericht, wobei er eine
Verflechtung der Rechtsverhältnisse der Ortsverbände seit der letzten
Tagung in Frauenstadt vorkommen. Gewählte Ortsverbände kon-
nisi bei Neuwahlen nicht mehr behaupten. Gleichwohl wurde
für die fünfjährige Verordnungszeit. Mit Vertriebung führt der
Redner fest, daß es gelungen ist, den Bürgermeistern als neue Amt-
bezeichnung einzuführen. Als unangekündigt für Württemberg be-
zeichnete eine Verlesung im Entwurf des Reichsgesetzes, wobei
Landgemeinden unter 3000 Einwohner keine besoldeten Ortsvorsteher
mehr anstellen dürfen. Nach Erlebung weiterer Verordnungsge-
heiten hielt Stadthalter Dr. Pönging-Neutgenheim einen Vortrag
über Fremdenverkehrsverbesserung, wobei er für die Werbung vor dem
Bilder empfahl.

Stuttgart, 19. Juli. (Vandensversammlung der würt. Ortsverbände.)
Aus Anlaß der hier stattfindenden Tagung des Vereins der würt.
Körperschaftsbeamten hielt die Vereinigung der würt. Ortsverbände
unter Vorsitz von Staatsrat Roth ihre Mitgliederversammlung ab.
Nachdem Stadthalter Dr. Pönging die Versammlung begrüß-
te, erklärte Staatsrat Roth den Geschäftsbericht, wobei er eine
Verflechtung der Rechtsverhältnisse der Ortsverbände seit der letzten
Tagung in Frauenstadt vorkommen. Gewählte Ortsverbände kon-
nisi bei Neuwahlen nicht mehr behaupten. Gleichwohl wurde
für die fünfjährige Verordnungszeit. Mit Vertriebung führt der
Redner fest, daß es gelungen ist, den Bürgermeistern als neue Amt-
bezeichnung einzuführen. Als unangekündigt für Württemberg be-
zeichnete eine Verlesung im Entwurf des Reichsgesetzes, wobei
Landgemeinden unter 3000 Einwohner keine besoldeten Ortsvorsteher
mehr anstellen dürfen. Nach Erlebung weiterer Verordnungsge-
heiten hielt Stadthalter Dr. Pönging-Neutgenheim einen Vortrag
über Fremdenverkehrsverbesserung, wobei er für die Werbung vor dem
Bilder empfahl.

Baden.

Forstheim, 18. Juli. Im Forstheimer Amtsbezirk ist laut
amtlicher Bekanntmachung die Zeichnungsschuldliche in Kraft
getreten.

Forstheim, 15. Juli. Das hiesige Schöffengericht behagte
sich u. a. mit einem Fall, der neue Gaunertricks an den Tag
legte. Ein 21 Jahre alter Waldarbeiter war in 10 Einzelkäfen
des Betrags und der schweren Urkundenfälschung angeklagt,
wobei er sich des modernen Mittels, des Telefons bediente.
Er gab z. B. dem Inhaber eines hiesigen Sportgeschäfts an, er

Carlos Puentia

33 Roman von Kurt Martin

„So, so!“
„Seien Sie schlau!“
„Danke für die guten Ratsschläge!“
„Oh, die werden Ihnen auch nichts helfen!“
Da floh wieder das spöttische Lächeln um des Fremden
Mund.

Parlotti drängte: „Aber Sie müssen doch feste Pläne
haben, was Sie in Alexandria anfangen wollen! — Oder
sind die Studien Nebenbesache, und wollen Sie das orientalische
Leben kennen lernen?“
„Das auch mit! Aber die Studien sind schon die
Hauptsache.“
„H! — Ich könnte Ihnen vielleicht/behilflich sein. —
Ich reise aber sehr bald weiter. — Wenn Sie mich begleiten
wollten —?“
„Warum nicht?“
„Sie würden sehr Interessantes erleben!“
Stein wußte jetzt, an wen ihn der Mann da erinnerte:
An Carlos Puentia. — War er es, oder war er es nicht? —
Führte das Schicksal sie beide schon wieder zusammen?
Er erwiderte: „Ich bin davon überzeugt.“
„Gefahren scheuen Sie ja wohl nicht?“
„Kein. — Nie!“
„Sie haben in Ihrem Beruf viele Gefahren zu bestehen,
nicht wahr?“
Stein sah das Lauernde in Parlottis Augen.
„Doch. Es gibt Gefahren.“
„Nicht wahr? — Ja, ja, — als Kriminalist!“
Da sah Paul Stein den Sprecher fest an.
„Wie meinen Sie?“
Parlotti heuchelte Verlegenheit.
„Berzählen Sie, ich bin vorgefalscht! — Ich weiß, ich weiß!
Sie sind Arzt!“
„Aberdings!“
„Sie sehen gar nicht wie ein Arzt aus!“

„Oh, das ist nicht maßgebend. — Sie sehen auch nicht
wie ein Mediziner aus, eher wie —“
Er schamte und beobachtete, wie Parlotti ein wenig un-
ruhig wurde.
„Aun, wie denn, Herr Dr. Arbeit?“
„Ja, was soll ich sagen! — Wie ein Mann, der —“
Abenteurer sucht.“
Parlotti lachte. Es lang geklinkelt.
„Bedächtig! — Abenteurer! — Ja, die suche ich auch! —
In den Königstüchern!“
„Bei den schönen Pharaonentöchtern, nicht wahr?“
„Auch bei denen! Man soll das weibliche Geschlecht
nicht beiseite schieben!“
„Das tun Sie wohl auch nicht!“
„Ich! — Nein! — Ich liebe die Frauen!“
Jetzt war es Stein, um dessen Mund ein forlasterisches
Lächeln lag, als er antwortete:
„Das glaube ich Ihnen aufs Wort!“
Man erhob sich. Stein entschuldigte sich. Er habe einen
wichtigen wissenschaftlichen Artikel begonnen, den er in
Alexandria sogleich zur Post geben wolle, und den er jetzt
fertig schreiben möchte.
Parlotti war voller Höflichkeit.
„Bitte! Bitte! — Es sollte mich aber freuen, mit Ihnen
demnächt wieder einmal plaudern zu dürfen!“
Als Paul Stein allein in seiner Kabine war, überlegte
er rasch.
— Ohne Zweifel war in Parlotti ein anderer zu suchen,
als der, für den er sich ausgab. — Wer? — Carlos Puentia!
— Im Leben hatte er ihn leider noch nicht nahe von Ange-
sicht zu Angesicht gesehen. —
Er zog das Photo Puentas hervor und vertiefte sich in
die Gesichtszüge.
— Die Nase? — Die Stirn? — Die Lippen? —
Er studierte das Bild wieder ein und sann.
— Wenn es nicht Puentia war, wer war es dann? —
Sollte Puentia ihn nach der einmaligen Begegnung so genau
erkennen? Der Fremde kannte ihn, unbedingt! — Darauf
deutete schon die Anspielung auf den Kriminalisten hin.
— Er begab sich noch einmal in den Speisesaal. Ließ sich den
Obersteward holen. Ein reichliches Trinkgeld machte den ge-
sprächig.

„Der Platzwechsel wurde auf Herrn Parlottis Wunsch
vorgenommen, Herr Doktor.“
„Warum wünschte er den Platzwechsel?“
„Er sagte, sein Platz gefalle ihm nicht. Er wolle nahe
am Fenster sitzen. Er zeigte mir den Platz von Fräulein De-
wisson. Die Dame war mit dem Tausch einverstanden.“
„Ich danke Ihnen. — Kennen Sie Herrn Parlotti?“
„Nein. Er fährt zum ersten Male mit unserem Schiff.“
„So!“
„Paul Stein hatte jetzt eine Beschäftigung gefunden. Er
beobachtete Parlotti. Gleich am frühen Morgen begab sich
der ins Büro des Telegraphisten. Und am Nachmittag noch-
mals.
— Was hatte Parlotti für wichtige Nachrichten be-
sorgen zu übermitteln? —
Als Parlotti wieder aus der Telegraphenkabine trat,
ließ ihm Stein absichtlich in den Weg.
„Oh, Herr Parlotti! Wie nett, daß wir uns einmal be-
gegnet! Bei den vielen Menschen an Bord geht man so
gern fehl.“
„Sie begaben sich auf das Promenadenband. Parlotti lächelte
in Gedanken versunken. Auf Steins Gepolde fand er mit
einfältige Antworten. Mit einem Male änderte er indessen
sein Verhalten. Er ward lebhaft, so wie am Tage zuvor,
und wie er auch mittags bei Tisch gewesen war.
„Wir haben herrliches Wetter! — Ein Begünstigt, nicht
Scheitler!“
„In der Tat. — Sind Sie oft unterwegs?“
„Ich? — Nein!“
„Ich dachte.“
„Wie kamen Sie auf die Idee?“
„Sie machen den Eindruck eines Menschen, der schon
welt in der Welt herumgekommen ist, der an das Reisen ge-
wöhnt ist.“
„Oh, sehe ich so abenteuerhaft aus?“
„Das lang lauernd.“
„Ganz und gar nicht. — Ich hielt Sie anfangs für den
Abkammerung eines alten Adelsgeschlechtes.“
„Sehe schmeichelt!“ — „Kauen Sie?“
Parlotti hielt Stein seine Zigarettenlose hin.
„Meine Lieblingsmarke! — Handarbeit!“
„Ich bin so frei.“ (Fortsetzung folgt.)



sprechend vom katholischen Pfarramt aus, das für verschiedene Mitglieder der Jugendvereine Sportkleidungsstücke im Werte von 121,00 Mark benötigte. Durch einen jungen Mann ließ er die Sachen abholen. Auch in mehreren anderen Fällen machte er sich das „Fürsorgeweien“ zunutze und gab sich im Telefon als katholischer Herr aus.

Worms, 19. Juli. Das Schöffengericht verhandelte in öffentlicher Sitzung gegen den 47 Jahre alten Kaufmann und Fabrikanten Artur Wiedmann von hier wegen fortgesetzten Betrugs, Untreue, Kontursverbrechens und Kontursvergehens. Wegen Beihilfe zum Kontursverbrechen hatte sich gleichzeitig der 24jährige Sohn des Angeklagten, Artur Erich Wiedmann, zu verantworten. Es handelt sich um einen großangelegten Bijouteriewarenschwundel. Durch Umfaktorien der Wiedmanns an das Ausland wurden hiesige Fabrikanten um rund 400.000 Mfr. geschädigt. Dant der Bemühungen der Fabrikanten und mit Hilfe des deutschen Konsulats in Dänemark gelang es nach langer Zeit, einen Teil der Waren den Lieferanten zurückzusetzen. In ähnlicher Weise ist der Angeklagte auch bei Warenlieferungen nach Spanien verfahren. Schließlich wurde ihm vorgeworfen, daß er mehrere tausend Mark der Kontursmasse und dadurch dem Zugriff der Gläubiger entzogen hat. Das Urteil lautete auf eine Gefängnisstrafe von 8 Monaten. Wiedmann ist, erhielt einen Monat Gefängnis.

Worms, 19. Juli. Der Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Reichsbanner in dem benachbarten Dieblingen am 2. Februar d. J. kam zur gerichtlichen Verhandlung. Bei der dort entstandenen Prügelei wurde mit Wagnerschüssen, Schrotkräften gearbeitet und mit Berglästern, Fischen und Steinen geworfen, so daß es sehr bergig und manche schwere Verletzungen davontrugen. Es hatten sich im ganzen 7 Personen zu verantworten. Noch konnte kein klares Bild bei den Verhandlungen gewonnen werden, so daß das Gericht zu einem Freispruch kam.

Dieblingen, 19. Juli. Die Protestentscheidung gegen die hauptsächlich Stillelegung der Bahnstrecke Dieblingen-Itzenhöfen - Spöngingen durch die Blosig ging nicht von der Gewerkschaft Dieblingen Eisenbahner, sondern den christlichen Textilarbeitern im Mittel aus.

Kaiserslautern, 18. Juli. In zwölfstündiger Sitzung verhandelte das Große Schöffengericht am Donnerstag die Anklage gegen den 41 Jahre alten verheirateten Fabrikanten E. W. wegen Stillschleppersverbrechens. Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, sich als Verkäufer an einem minderjährigen Lehr-Weiden fittlich vergangen und später dasselbe dem Fürsorgeverwalter entzogen zu haben. Der Angeklagte bestritt jedoch, sich fittlich gemacht zu haben, verläugerte auch den Weidenbesitz für seine Behauptungen anzuerkennen. Gleichzeitig hatten sich die Eltern des Lehrweiden, der 55 Jahre alte Kaufmann K. S. und Karoline und dessen 13jährige Ehefrau wegen schwerer Ruppel zu verantworten. Sie sollen nämlich in der Zeit vom Juni 1927 bis April 1928 das Verhältnis des Angeklagten mit ihrer Tochter unterstellt und dadurch gemeinschaftlich der Unzucht Vorwand geleistet haben. Sie dürften die Bekende W. in ihrer Wohnung, liegen ihre Tochter tagelange Reisen mit W. unternehmen, nahmen von K. größere Geldbeträge an usw. Beide bestritten ebenfalls ihre Schuld. Der Angeklagte W. wurde wegen Stillschleppersverbrechens nach § 171 d. StGB zu einer Gefängnisstrafe von 7 Monaten verurteilt. Zwei Monate der Untersuchungshaft gelten als verbüßt. Von der weiteren Anklage wurde der Angeklagte auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. Die Angeklagte Frau W. wurde wegen fortgesetzter Ruppel zu 3 Monaten und K. S. zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Strafen gelten als durch die Untersuchungshaft verbüßt. Die Haftbefehle gegen die Angeklagten wurden sämtlich aufgehoben und diese auf freien Fuß gesetzt.

Freiburg i. Br., 19. Juli. Gestern nachmittag ereignete sich hier eine in ihren Motiven völlig ungeläuterte entsetzliche Tat. Die Seniorin der weltberühmten Orgelbaufirma W. Müller u. Söhne, Freiburg, Frau Kommerzrätin Witwe Emilie Müller, die seit längerer Zeit bettlägerig ist, wurde von einer verdächtigten Tochter, die unangemeldet zu Besuch gekommen war, durch einen Schlafentzug getötet. Daraus richtete die Wirtin die Waffe gegen sich selbst.

Neueste Nachrichten

Friedrichshafen, 20. Juli. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist heute früh 5.15 Uhr unter Führung von Kapitän Lehmann mit 17 Passagieren zu einem Rundflug durch die deutsche Pfalz aufgestiegen und wurde 4.45 Uhr nach seiner Walsfahrt glatt gelandet.

Worms, 20. Juli. Reichspräsident von Hindenburg hat an Frau Dr. Strömman folgendes Telegramm geschickt: „Bei der erhebenden Teilnahme in der Stadthalle zu Mainz haben wie in Trauer und Dankbarkeit Ihres verstorbenen Herrn Gemahls gedacht, dem es nicht fehlte, was die Dank der Bevölkerung für seine bis zum Tode pflichtvolle und ausdauernde Arbeit zu erleben. Ich bitte Sie, bei allem Anlaß den Ausdruck meines Gedankens und ergebenste Grüße entgegenzunehmen. ges. v. Hindenburg.“

Worms, 20. Juli. Reichsaussenminister Dr. Curtius hat heute nachmittag in Begleitung des langjährigen Referenten für die baltischen Ostsee, Vortragenden Legationsrates v. Friedberg, einen Vorbesuch am Grundstein des Streikmann-Gedenkmals niedergelegt.

Worms, 20. Juli. Am Samstag nachmittag ließ der Notar Dr. Schmitt ein Versteigerungsamt in Worms abhalten. Hierbei wurde ein mit einem Privatwagen zusammen. Hierbei wurde ein mit einem Privatwagen zusammen. Hierbei wurde ein mit einem Privatwagen zusammen.

Oberhausen, 20. Juli. In der Nacht zum Sonntag wurde gegen Mitternacht der Bergmann Nikolaus Schneider in seiner Wohnung in Oberhausen-Althausen mit fünf Schussverletzungen erachtet aufgefunden. Auf den dringenden Verdacht hin, daß der Mord auf Anweisung der Ehefrau des Erschossenen durch ihren Bruder Dieter Heide begangen worden ist, wurde Frau Schneider festgenommen. Heide wurde auch ihr Bruder in Duisburg verhaftet. Er liegt im Gefängnis ab.

Walden (Dhringen), 20. Juli. Auf der Landstraße Mühlbach-Walden führte ein mit 20 Frauen besetzter Lastkraftwagen des Reichs-Louis-Bundes aus Bad Frankenhausen, die einen Ausflug nach Eisenach unternahmen, beim Reiten einer Kurve um. Die Insassen gerieten unter das Auto. Eine zur Kar in Bad Frankenhausen wohnende Holländerin namens Johanna Rothmann, die in Eisenach Verwandte besuchen wollte, erlitt einen doppelten Beinbruch und schwere Schenkelverletzungen, die ihren sofortigen Tod herbeiführten. Drei Schwer- und neun Leichtverletzte mußten dem Mühlbacher Krankenhaus zugeführt werden.

Berlin, 21. Juli. Aus Karlsruhe berichtet die Welt am Sonntag, daß dort Massenaufläufe aus der nationalsozialistischen Partei erfolgt seien. Zwei Versammlungen von Nationalsozialisten in Mannheim und Heidelberg hätten sich für Gründung einer „Deutsch-Sozialen Kampfbund“ ausgesprochen.

Berlin, 21. Juli. Zwischen den beiden nationalsozialistischen Gruppen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (Hitler-Gruppen) und den reaktionären Nationalsozialisten (Büchler-Gruppen) sollen, wie eine von der Welt am Sonntag veröffentlichte Korrespondenzmeldung wissen will, seit gestern Verhandlungen über die Einigung im Gange sein, die eine gegenseitige Behinderung während des Wahlkampfes verhindern sollen. Die Abmachungen sollen unter der Parole „Kein Bruderkampf“ vor der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden.

Berlin, 20. Juli. Der Parteivorstand der Deutsch-demokratischen Partei tritt am Freitag den 25. Juli in Berlin zu einer Sitzung zu-

sammen. Auf der Tagesordnung steht die Vorbereitung der Reichstagswahlen. Am Morgen des gleichen Tages traten in Berlin die Wahlkreisvorsitzenden der demokratischen Partei zu einer Besprechung über das gleiche Thema zusammen. Die Tagung des demokratischen Wahlkreisverbandes findet voraussichtlich am 24. August in Berlin statt.

Berlin, 20. Juli. Die Verhandlungen über die Bildung einer neuen Partei der Nationalsozialisten verlaufen, wie uns versichert wird, günstig. Im Landbund ist es Herrn Schiele gelungen, hier eine Einheitsfront zu schaffen. Auch die Hemmaliste, die von der Seite der Christlich-nationalen Bayern, genauer abgeleitet von Herrn Hepp, kamen, sollen auf dem Wege sein, ausgedünnt zu werden. Nur bei den Volkshilfsvereinigungen seien, selbstsam genug, noch gewisse Widerstände zu bestehen.

Berlin, 20. Juli. Die Rostogspoli will aus beteiligten Kreisen der Rechte erfahren haben, daß die Verhandlungen gescheitert seien, die die Bildung einer großen Rechtsfront zum Ziele hatten. Es zeige sich als unmöglich, die verschiedenen Gruppen zusammenzuführen, die einst im deutsch-nationalen Lager vereinigt waren und die unter der Fiera Jugentzug abmarschiert sind.

Berlin, 21. Juli. Der Montagmorgen berichtet, es verlautet, daß der Reichskanzler Brüning und der Reichsfinanzminister Dietrich die Absicht hätten, mit der Durchführung des Sparprogramms, das ursprünglich erst im Herbst dem Reichstag vorgelegt werden sollte, sofort zu beginnen. Hierbei solle dem Sparkommissar Glöckner ein entscheidender Einfluß eingeräumt werden.

Lübeck, 20. Juli. In dem Ferienlager der sozialistischen Kinderrepublik am Brühl der Lübecker Bucht, wo etwa 1000 Kinder in einem großen Zeltlager untergebracht sind, sind seit einigen Tagen mehrere Fälle von Diphtherieerkrankungen vorgekommen. Ein Mädchen ist bereits gestorben. Die Krankheitsfälle haben ziemlich heftige Reaktionen hervorgerufen. Da die Lübecker zuständigen Ärzte im Zusammenhang mit der Cholera-Angelegenheit suspendiert sind, ist eine Arztkommission aus Berlin nach Lübeck berufen worden, an deren Spitze Dr. Wenk vom Reichsgesundheitsamt steht. Für Sonntag sind alle Besuche der Kinder aus Gesundheitsgründen gesperrt worden.

Hausdorf, 20. Juli. Aus dem Kurort wurden in der vergangenen Nacht noch drei weitere Leichen geborgen.

London, 20. Juli. Nach genaueren Berichten aus Tokio hat die ganze Insel Kiuhsiu unter der Verwüstung des Taifuns schwer gelitten. Der Gesamtschaden erreicht schätzungsweise eine Höhe von über 50 Millionen Mark. Bis jetzt sind 70 Tote, über 700 Verletzte und über 100 Vermisste festgestellt. 4000 Häuser wurden zerstört und mehr als 130000 beschädigt. 100 Schiffe sind gesunken. Eine Weltweite aus Corea berichtet, daß der Taifun auch die Südküste Correas heimgesucht hat und mit etwas vermindertem Heftigkeit über die Halbinsel hinweggezogen. Genauere Berichte fehlen von dort, weil die Verbindungen unterbrochen sind. Jedoch ist bekannt, daß drei Provinzen stark gelitten haben und viele Schiffe gesunken sind.

Newark, 20. Juli. Der Billdeloche-Newark-Expres übertrug an einem Bahnübergang bei Elkhöhe (New Jersey) ein Automobil und schloste es 400 Meter weit mit. Dabei entgingen zwei Personenwagen und führten den Bahndamm herunter, wodurch 100 Passagiere verletzt wurden. Ein Bahndränger versuchte, die ausweichende Bahn vorzüglich mit dem Kesseler in der Hand zu verhindern. Die Automobilisten retteten sich durch rechtzeitiges Abpringen und blieben unverletzt. Sie wurden später verhaftet.

Newark, 20. Juli. Auf Grund einer Entscheidung des Bundesgerichts in einer Klage der Reederei Rührmann können die Besizer der deutschen Schiffe, für die in der ersten Nachkriegszeit im November 1921 Lonnageseuern erhoben wurde, die Steuern, die insgesamt mehr als 1 Million Dollar betragen, zurückerhalten. Das Gericht hat sich den deutschen Standpunkt zu eigen gemacht, daß mit Einstellung der Feindschiffen der deutsche Vertrag von 1827 und der Vertrag mit Preußen von 1828 in vollem Umfang wieder in Kraft treten.

Befreiungstungebung des Reichsbanners in Mainz.

Mainz, 20. Juli. Das Reichsbanner, das nicht beim Empfang des Reichspräsidenten teilnahm, veranstaltete heute nachmittag auf dem Falkenberg eine eindrucksvolle Befreiungstungebung, der u. a. auch der hiesige Staatspräsident, der hiesige Arbeitsminister, Reichsminister a. D. Severing und der Vizepräsident des bayerischen Landtags, Kuer, bewohnten. Die Anordnungen des Reichsbanners aus allen Wägen Deutschlands waren mit klingendem Spiel und wehenden Bannern auf den Platz gerückt. Oberbürgermeister Dr. Kuhl begrüßte im Namen der Stadt Mainz die Teilnehmer. Der hiesige Staatspräsident betonte in seiner Ansprache, aus der Einmütigkeit u. Geschlossenheit der Bevölkerung im besetzten Gebiet während der Notzeit sollten wir die Einheit und die Kraft ableiten, im Gesamtdeutschland uns umso einmütiger und geschlossener um das Banner der Republik und der Demokratie zu scharen. Reichsminister a. D. Severing führte u. a. aus: Wir freuen uns mit unieren hiesigen Volksgenossen des Tages, an dem der Behauptungswille und das unerschütterliche Vertrauen die Befreiungstun gebracht haben. Das Reichsbanner müßte bei seinen Verhandlungen aber auch daran erinnern, daß es noch Zukunftsaufgaben zu lösen habe. Das deutsche Volk, das bis 1918 in einem konstitutionellen Staat lebte, müßte erst lernen, von Demokratie und Parlamentarismus den richtigen Gebrauch zu machen. Bundesvorsitzender Göring nahm auch zu den Ereignissen der letzten Tage Stellung und führte u. a. aus: Das Reichsbanner ist nicht verantwortlich für die politischen Handlungen oder Unterlassungen irgend einer Partei. Wir sind kein Bund von Parteien, sondern ein Bund der aktiven Kräfte der Republik. Mäße der 14. September die besten republikanischen Kräfte in den Vordergrund stellen. Alle Republikaner vereint für die soziale, demokratische, freie deutsche Republik! Das ist unser Wille. In sein Volk auf die deutsche Republik, dem der Gesang der letzten Strophen des Deutschlandliedes folgte, stimmte die Menge lebhaft ein. Danach formierten sich die einzelnen Abteilungen zu einem Vorbesuch vor dem Bundespräsidenten u. den Ehrengästen.

Die Aufhebung der Rotverordnungen.

Berlin, 19. Juli. Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident hat die Verordnung, durch die die beiden Rotverordnungen wieder außer Kraft gesetzt wurden, mit folgendem an den Reichskanzler geschickten Schreiben überandt: „Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Dabei übersende ich Ihnen die Verordnung, welche meine auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassenen beiden Rotverordnungen vom 16. Juli d. J. dem heutigen Beschlusse des Reichstages entsprechend wieder aufhebt. Ich erlaube nunmehr die Reichsregierung, wie alsbald Vorschläge für den Erlass von Verordnungen zu unterbreiten, die im Rahmen des Artikels 48 der Reichsverfassung die Sanierung der öffentlichen Finanzen und damit die Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung sicherstellen. Mit freundlichen Grüßen bin ich Ihr ergebener (ges.) von Hindenburg.“

Der Austritt Graf Bekhars.

Berlin, 19. Juli. Von den 25 deutsch-nationalen Abgeordneten, die am Freitag gegen die Aufhebung der Rotverordnungen gestimmt haben, haben im Laufe des gestrigen Tages 18 Abgeordnete in einem Schreiben an die deutsch-nationale Reichstagsfraktion ihren Austritt aus der Fraktion erklärt. Ferner hat Graf Bekhars in einem Schreiben an Geheimrat Dugenberg seinen Austritt aus der Deutsch-nationalen Volkspartei erklärt.

Vorbereitungen zur Wahl.

Berlin, 20. Juli. Das Reichsministerium des Innern hatte die Vertreter der bisher im Reichstag vertretenen Parteien am

Samstag zu einer ersten Besprechung geladen. Es handelte sich um die Nummerierung der Wahlvorschläge. Der fragliche Paragraph der Reichsreformordnung hatte bei der Reichstagswahl 1928 Auslegungsschwierigkeiten hervorgerufen, da dort nicht vorgegeben ist, in welcher Reihenfolge die Wahlvorschläge der Parteien zu nummerieren sind, die sich innerhalb der letzten Wahlperiode gebildet haben und zu denen sich schon Abgeordnete bekennen. Auch die Frage, ob die neu gebildeten Gruppen der Volkshilfsvereinigungen und der Christlich-Nationalen entsprechend der Zahl der Reichstagsabgeordneten einzugruppieren sind oder ob sie auf den amtlichen Stimmzetteln erst nach sämtlichen Parteien, die 1928 Abgeordnete in den Reichstag entsandt haben, rangieren, ist umstritten. Ein Ergebnis wurde in der Sitzung nicht erzielt, doch bestand zwischen dem Reichsminister des Innern und sämtlichen Parteivertretern Übereinstimmung darüber, daß die 10 ersten Plätze auf den Listen nach den bestehenden Bestimmungen in der nachfolgenden Reihenfolge festzusetzen sind: 1. Sozialdemokraten, 2. Deutsch-nationale, 3. Zentrum, 4. Kommunisten, 5. Deutsche Volkspartei, 6. Deutschdemokratische Partei, 7. Wirtschaftspartei, 8. Bayerische Volkspartei, 9. Nationalsozialisten, 10. Christlich-nationale Bauernpartei.

Der Reichspräsident in der Pfalz und im Rheinland.

Bruchsal, 19. Juli. Heute vormittag um 8.40 Uhr traf Reichspräsident von Hindenburg auf der Fahrt zu den Reichstagsgeheimen hier ein und wurde überall von einem zahlreichem Publikum sowie von Abordnungen der Vereine enthusiastisch begrüßt. Der badische Staatspräsident Dr. Schmitt entbot die Grüße der badischen Staatsregierung, der OBW. von Bruchsal, Dr. Reiter, sprach im Namen der Stadt Bruchsal. Weiter begrüßten den Reichspräsidenten der Hauptpräsident des Arbeiterverbandes sowie Vertreter der Verbände. Der Reichspräsident dankte bewegt für die herzliche Begrüßung und setzte dann seine Reise in Begleitung des badischen Staatspräsidenten nach Germersheim fort. Bei der Abfahrt sang die Menge das Deutschlandlied. Der Reichspräsident wurde bei seinem Eintreffen in Germersheim namens der Bürgerstadt von Bürgermeister Schmidt mit einer Ansprache begrüßt. Unendlich schwer habe die Stadt gelitten, erklärte Bürgermeister Schmidt, sich aber niemals von der Treue zum Vaterland abbringen lassen. Wenn ihr heute die hohe Ehre zuteil werde, den treuesten deutschen Mann auf der befreiten Heimstraße begrüßen zu dürfen, und ihm die tiefgefällige Versicherung zum Ausdruck zu bringen, so wolle die Stadt darin den schönsten Lohn für ihre feitherrigen Leiden und den Leistungen einer besseren Zukunft erblicken. Der Bürgermeister schloß mit einem Hoch auf den Reichspräsidenten. Der Zug fuhr dann nach Speyer weiter. Der fahrplanmäßige Schnellzug, mit dem Reichspräsident v. Hindenburg in die Pfalz reiste, fuhr um 11.10 Uhr, von den Klängen des Deutschlandliedes begrüßt, auf dem Speyerer Hauptbahnhof ein. Ministerpräsident Dr. Deld, Innenminister Dr. Stängel und Oberbürgermeister Veiling empfingen den mit stürmischen Hochrufen begrüßten Reichspräsidenten. Nach der Begrüßung fuhr der Reichspräsident unter dem Geläute der Kirchenglocken in Begleitung des bayerischen Ministerpräsidenten zum Rathaus. In den folgenden Wagen saßen u. a. Reichsaussenminister Dr. Curtius, Landtagspräsident Stang-München, Staatspräsident Dr. Schmitt, der bayerische Staatsminister Dr. Fehr und Vorkämpfer Langwerth von Simmern. Auf der ganzen Fahrt durch die von der Bevölkerung dicht umfäumten Straßen legten sich die jubelnden Hochrufe fort. Um 1.30 Uhr hielt der Wagen des Reichspräsidenten vor der Protestationskirche. Hier trat Landesbischofspräsident Dr. Kehler an den Wagen heran und begrüßte den Reichspräsidenten. Sodann ging die Fahrt durch das historische Altstadt, die Maximilianstraße entlang, zum Dom. An den Türen des Domes stand die katholische Geistlichkeit zum Empfang des Reichspräsidenten, an ihrer Spitze Bischof Dr. Ludwig Sebastian, der den Reichspräsidenten mit kurzen Worten begrüßte. Der Reichspräsident dankte für die Begrüßung und gab der Hoffnung Ausdruck, daß wenn man einzig zusammenarbeite, es in Zukunft wieder vorwärts gebe. Bei einem Rundgang durch den Dom gab Archidirektor Weiser eine kurze Schilderung der Geschichte des Domes. Nach Verlassen des Domes begrüßte der Reichspräsident die vor dem Dom aufgestellten Hälzer Veteranen und begab sich darauf zu dem vorgesehene Festakt im Rathaus. Nachdem die Feier ihr Ende gefunden hatte, trat der Reichspräsident auf den Balkon des Stadthauses in Speyer hinaus, vor dem sich eine schier endlose Menge drängte. Alle Fenster und die Dächer der Umgebung waren mit begeisterter Menschenmengen besetzt. Die Menge drach in nicht erdenkliche Jubelrufe aus. Atemlose Stille setzte aber ein, als der Reichspräsident folgende Worte sprach:

Meinem Dank für die Treue der Pfalz habe ich in der Festigung im Rathaus freien Ausdruck gegeben. Sie alle bitte ich, stets eingedenk zu sein dieses Beispiels vaterländischer Bürgerpflicht und über alles Streit des Tages das Vaterland zu stellen. Dann wird es mit uns vorwärts und aufwärts gehen. Mit diesem Wunsch rufen wir: Unser geliebtes Vaterland, unser Deutschland, lebe hoch!

Nach langem, nachdem das Hoch und das Deutschlandlied verklungen waren, umgab eine riesige Menschenmenge das Rathaus. Sie wollte es sich nicht nehmen lassen, den Reichspräsidenten, der im Stadthaus einen Aufbruch nahm, nochmals zu sehen. Beim Frühstück im Stadthaus beachte Ministerpräsident Dr. Deld den Trinkspruch auf den Reichspräsidenten und das deutsche Vaterland aus. Reichspräsident v. Hindenburg dankte mit den Worten: Ich habe mich immer bemüht, meine Pflicht zu tun. So bin ich erzogen und so bleibe ich. Um 1.15 Uhr wurde die Geduld der draußen vor dem Stadthaus harrenden Menge belohnt. Der Reichspräsident und seine Begleitung verließen um diese Zeit das Rathaus und nahmen in den bereitstehenden offenen Wagen Platz. Dann begann bei herrlichem Wetter die Fahrt durch das Pfälzer Land.

Hindenburg spricht in Speyer.

Stehend hörten die Anwesenden die mit kerniger Stimme gesprochenen Worte des Reichspräsidenten: Für die Worte des Willkommens, die Sie mir und den heute mit mir anwesenden Vertretern der Reichsregierung senden enthalten haben, danke ich Ihnen aufs herzlichste; ich verbinde damit meinen Dank an die Bevölkerung, die mich auf dem Wege hierher so freud-

Neuenstadt a. Vinde Oa. Neuarfain, 18. Juli. (Ungefährung der tausendjährigen Vinde.) Der Sturm hat unserer tausendjährigen Vinde wiederum Schäden zugefügt und ihr zwei schöne Aeste abgerissen. In Württemberg und wohl in ganz Deutschland hat sie nicht ihresgleichen. Nach alten Berichten hatte sie schon zur Zeit des Vertrages von Verdun - 843 - ein Alter von über 100 Jahren und nach anderen Forschern fand sie bereits zur Römerzeit, müßte also heute bald 2000 Jahre alt sein. Im 16. Jahrhundert und noch in neuerer Zeit wurde unter ihr Jahrmarkt gehalten und gewirtschaftet. An der Erhaltung eines solchen Wahrzeichens hat nicht nur das Städtchen, sondern der ganze Oberamtsbezirk und nicht zuletzt das ganze Württembergers Land das größte Interesse.



lich begrüßt und mit dieser Begrüßung zugleich ein Treuebekenntnis zu Heimat und Vaterland abgelegt hat. Es ist mir eine besondere Genugtuung, daß ich heute unter Ihnen stehen darf, um mich mit Ihnen der wiedererlangten Freiheit der Pfalz zu freuen. Aufrecht und stolz dürfen alle Deutschen am Rhein nach den langen dunklen Jahren fremder Besatzung die Tage der Freiheit grüßen. Besonders schwer und hart war der Druck, der vom ersten Tage der Besatzung an auf der Pfalz gelastet hat, besonders hart waren hier auch die Bestrebungen schlechter Elemente, welche die Loslösung deutschen Gebietes von Frankreich und die Verblendung an dem heiligen Boden unseres Vaterlandes verfolgten. Mit Würde und Festigkeit, mit nie versagender Treue und nie wankendem Mut hat die Bevölkerung der Pfalz in all diesen Gefahren ihre Deutschheit behauptet; in einmütigem Zusammenstehen aller Schichten und Vernünftigen hat die Pfalz durch diese lange Notzeit hindurch das Banner des Reiches wie die heimliche Fahne des Vaterlandes in die Freiheit hinübergerettet. Das Heimatgefühl der Verbundenheit mit dem Boden der Väter, die Liebe zum Vaterlande, der großen Gemeinschaft deutscher Nation, haben Sie befähigt, der großen Gemeinschaft deutscher Nation, haben Sie befähigt, fremder Gewalt und Verlockung zu widerstehen und verächtliche Aufschläge auf deutsches Land in aufrechtem Mannesmut und Freiheitswillen zurück zu weisen. Bewegten Herzens danke ich Ihnen, danke ich allen Männern und Frauen der Pfalz für diese unerschütterliche vaterländische Treue und für ihr tapferes Dulden. Es ist mir weiter eine Freude, die Vertreter Badens heute hier zu sehen und auch ihnen mit herzlichen Grüßen an das Hanauerland und die Stadt Mehl für ihre während der langen Besatzungszeit bewiesene treudeutsche Haltung namens des Reiches Lob und dankbare Anerkennung auszusprechen zu können. In dieser Treue sehen wir das Haupt in Erinnerung an alle, die Leben und Gesundheit gaben für Heimat und Freiheit; mit Stolz grüßen wir heute die Vielen, die ihre Treue zu Vaterland und beschworener Pflicht trotz Gefängnisstrafen und trotz Verbannung von Haus und Heimat unerschütterlich gehalten haben. Ihnen allen, die ein Beispiel mannhafteu Deutschseins für alle Zeiten gaben, gebührt Deutschlands unauflöslicher Dank! Ihr Vorbild soll uns mahnen, das hohe Gut des Vaterlandes über alle persönlichen Interessen und Ansehungen zu stellen und alles Trennende zu überbrücken durch die Treue zu Heimat und deutschem Volke. Diesem Ziele zu dienen geloben wir, indem wir rufen: Deutschland, unser geliebtes Vaterland, es lebe hoch!

Die Fahrt durch die Pfalz.

Um 12 Uhr verließ der Reichspräsident in Begleitung des bayerischen Staatspräsidenten Dr. Held das Stadthaus in Speyer, um die Fahrt durch die Pfalz anzutreten. Noch einmal umfing ihn der Jubel des Volkes, das dicht gedrängt in den Straßen stand und dem Reichspräsidenten jubelte. In seinem Bedauern mußte sich Reichspräsident von Hindenburg auf einen Besuch der Städte der Vorderpfalz beschränken. Die pfälzische Bevölkerung bereite die Hindenburg auf seiner Fahrt durch die Pfalz einen begeisterten Empfang. Es war ein überwältigender Triumphzug des greisen Reichspräsidenten durch die befreite Pfalz, an der alle Bevölkerungsschichten ohne Unterschied teilnahmen. Überall in den Gemeinden, die auf der Fahrt von Speyer über Neustadt, Bad Dürkheim und die pfälzischen Weinorte nach Ludwigshafen führten, bildeten Tausende, vor allem die Schützengend und die Kriegervereine, Sphäler. Aus der ganzen Pfalz, vor allem auch aus der Weipfals, die von Hindenburg auf seiner Fahrt nicht berührt werden konnte, waren Tausende nach den Orten geeilt, die der Reichspräsident auf seiner Pfalzfahrt berührte. Überall ruhte auf diesem Hindenburg-Tage die Arbeit. Die Gemeinden auf dem Wege von Speyer nach Neustadt, in denen wegen der Kürze der Zeit keine Begrüßung vorgesehen war, wurden in langsamem Tempo passiert. Überall beriefen herzliche Empfang des Reichspräsidenten, die aufrichtige Freude über diesen Pfalzbesuch des deutschen Staatsoberhauptes.

Hindenburg im freien Rheinland.

Moins, 21. Juli. Hindenburgs Fahrt durch die Pfalz und den Rhein hinunter war ein Triumphzug. Nur schwer läßt sich ein Bild von der glänzenden Huldigung geben, die dem greisen Reichspräsidenten aus allen Schichten der Bevölkerung dargebracht wurde. In jedem kleinen Weindorf, das sein

Wagen auf der Fahrt durch die Pfalz passierte, hatte die Bevölkerung bis zum letzten Einwohner Aufstellung genommen. Alte und Kranke nahmen wenigstens von den Fenstern aus an dem Jubel teil und Liederchören und Hochrufen wollten kein Ende nehmen. Vater und Mütter hoben ihre Kleinsten empor, Hindenburg entgegen. In Geinsheim hatte man einen dreijährigen Bubel am Wege auf einen Tisch gestellt und über ihn ein Schild angebracht: „Willkommen meinem Ehrenpaten!“ In den Orten, wo ein Augenblick gehalten wurde, in Neustadt, Deidesheim und Dürkheim war das Wiederanföhren nur mit Mühe möglich, weil die Begeisterung sich so spontan äußerte, daß die Menge den Kraftwagen — der Reichspräsident fuhr die ganze Zeit im offenen Wagen — dicht umdrängte. Immer wieder klang das Deutschlandlied auf. Überall schwang der Ton der Kirchenglocken hinein. Sehr schwierig war die Einfahrt in Ludwigshafen. Die ganze Stadt, ganz Mannheim dazu, umfante dicht gedrängt die Straßen, und das Schönste war die herrliche Begeisterung der Jugend. Die Menge wich auch dann nicht, als das freundliche Sonnenwetter während des Halts auf dem Ludwigshafen in einen wilden Platzregen umschlug. Dann winkten von der Anlegestelle, wo der Reichspräsident mit seiner Begleitung den Dampfer bestieg, Hunderttausende ihrem Hindenburg Abschiedsgrüße zu. Und nun dasselbe Bild den Rhein hinab bis Mainz. Wo ein Ort in der Ferne aufstand, da waren auch die hier schwarz von jubelnden Menschen. Bis auf den letzten Pfalz waren die Luft bewimpelten Dampfer bestieg, die dem Reichspräsidenten das Geleit gaben. Szenen halten, während Schiffe über den Rhein trafen. In riesigen Buchstaben las man irgendwo: „Willkommen Hindenburg am freien deutschen Rhein!“ Gerade an dieser Stelle passierten wir einen kleinen französischen Dampfer, der zum Gruß sofort die Tricolor hiebt. Die Begrüßung durch die Bevölkerung wurde immer lebhafter, je mehr der Dampfer sich Mainz näherte. Der Jubel erreichte seinen Höhepunkt, als der Reichspräsident in Mainz wieder an Land ging. An Bord des Dampfers war Reichspräsidenten v. Hindenburg von dem Generaldirektor der Rheinisch-Rheinischen Dampfschiffahrtsgesellschaft kurz und herzlich begrüßt worden. Der Reichspräsident fügte seinem Dank hinzu, daß er sich freue, zum ersten mal mit dem Schiff zu fahren, das seinen Namen trägt.

Die Feier in Mainz.

Mainz, 21. Juli. In der festlich geschmückten Stadthalle fand heute mittag zu Ehren des Reichspräsidenten ein Festakt statt, bei dem nach einleitenden musikalischen Vorträgen Staatspräsident Dr. Abeling dem Reichspräsidenten den Willkommensgruß des Rheinlandes entbot. Anschließend begrüßte Oberbürgermeister Dr. Küll im Namen der Stadt den Reichspräsidenten. Sodann nahm Reichsstaatsminister Dr. Curtius das Wort. Einleitend bedauerte er, daß sowohl Reichsfinanzminister Brüning wie auch sein Vorgänger, Reichsminister a. D. Müller, die beide bei der heutigen Feier sprechen wollten, am Erscheinen verhindert sind. Der Redner führte dann weiter aus, daß die Befreiung des Rheinlandes der Politik zu danken sei, die in dem Namen des leider zu früh gestorbenen großen Staatsmannes Stresemann ihre Förderung gefunden habe. Mit großem Eifer habe die Bevölkerung des befreiten Gebietes alles Leid der Besatzungszeit getragen. Mit handhafter Einmütigkeit habe das Volk am Rhein in allen seinen Schichten, insbesondere auch durch die Arbeiterschaft, allen Lösungsbestrebungen und allen rechtswidrigen Eingriffen einen entschlossenen Widerstand mit den Waffen des Rechts und des Friedens entgegengesetzt. Das ganze deutsche Volk sage den Rheinländern und all denen, die zu diesem großen Erfolge beigetragen haben, aus vollem Herzen den aufrichtigen Dank des Vaterlandes. Freuen wir uns, so fuhr der Minister fort, über den Sieg der deutschen Sache nicht nur um Deutschlands und seiner friedlichen Zukunft willen, freuen wir uns auch Europas willen. Ein gesundes Europa ist nur auf die Dauer möglich, wenn alle seine Glieder gleichberechtigt und gleichgedacht sind. Die Befreiung und das Symbol der Unfreiheit, das sichtbare Zeichen des verlorenen Krieges, gehört der Vergangenheit an. Aber ihre Folgen können sich im Rheinland noch lange auswirken. Das befreite Gebiet darf davon überzeugt sein, daß die Reichsregierung nach wie vor ihm auch weiterhin seine warmste Fürsorge angedeihen lassen wird. Zum Schluß gedachte der Minister der deutschen Brüder

an der Saar, die von der Befreiung noch ausgeschlossen seien und schloß mit dem Appell, die Wiedererlangung der Freiheit der rheinischen Lande soll ein Ansporn sein, mutig und entschlossen weiterzukämpfen, damit Deutschland volle Gleichberechtigung im Reiche der Völker juteil werde. Reichspräsident von Hindenburg dankte darauf für die freundlichen Begrüßungsworte. Er verband damit seinen Dank an die Bewohner der Stadt Mainz und des Rheinlandes für die freundliche und herzliche Bewillkommung. „Was aller Denken und Fühlens.“ so führte der Reichspräsident dann aus, „ist heute beherzt von Dankbarkeit. In Festseln die Unfreiheit lange Zeit hindurch abgelehnt vom deutschen Wirtschaftsgebiet und ganz auf sich selbst gestellt, fremder Gewalt wie harter Versuchungen preisgegeben, haben Männer und Frauen dieses Landes in ihrem Deutschsein ausgeharrt in vorbildlicher Treue. Mit ihnen allen bedauere auch ich, daß der Mann, mit dessen Namen sich das Bemühen um die Befreiung des rheinischen Gebietes unauflösbar verknüpft, das große Streben heute nicht mehr unter dem Lebenden weilt. Sie gedenken in dieser Stunde seiner als eines Mannes, der vaterländischer Pflichtenfüllung seiner selbst gestellten Aufgabe der Befreiung der Rheinlande bis zum letzten Atemzuge gedient hat und als Opfer dieses Dienstes von uns gegangen ist. Wenn wir unseren Blick von dem Heute dem Morgen zuwenden, so geht unsere Hoffnung dahin, daß der Tag der Befreiung von fremder Besatzung ein Fortschritt auf dem Wege zum wahren Frieden und zur vollen Freiheit sein möge. Immer steht das deutsche Land an der Saar, losgelöst von Mutterlande, unter einer ihm wesensfremden Verwaltung. Wir wollen hoffen, daß unsere deutschen Brüder und Schwestern an der Saar bald wieder mit uns vereinigt sein werden. Was das erreicht wird, ist dem Frieden Europas und der Befreiung der Nachbarvölker der beste Dienst geleistet. Möge sich im Frieden am Rhein im ganzen deutschen Vaterlande die Einheit gestalten! Dann, aber auch dann werden wir die Kraft haben, die uns wieder vorwärts und aufwärts bringt. Lassen Sie uns gemeinsam unsere Liebe und Treue zum Lande unserer Väter bekennen, indem wir rufen: Deutschland, unser geliebtes Vaterland, es lebe hoch! Nach dem Hoch des Reichspräsidenten sang die Menge gemeinsam das Deutschlandlied. Nicht enden wollende minutenlange Weisheitsprüche folgten der Rede. Der Reichspräsident folgte dann einer Einladung des Staatspräsidenten Dr. Abeling und des Oberbürgermeisters Dr. Küll zu einem Frühstück im turmreichen Schloß. Um 3 Uhr erschien das Luftschiff „Graf Zeppelin“ über der Stadt, um dem Reichspräsidenten seine Huldigung darzubringen.

Der Reichspräsident in Wiesbaden.

Wiesbaden, 20. Juli. Der Reichspräsident wurde am 20. Juli von Mainz nach Wiesbaden in Viebrich von dem Staatspräsidenten der Provinz Hessen-Nassau, in Anas, im Namen der hessischen Regierung begrüßt. Wie in allen Orten, durch die der Reichspräsident fuhr, hatten auch hier Vereine und Verbände Kastellung genommen. Dem Reichspräsidenten wurde allenthalben stürmische Huldigungen dargebracht. Besonders herzlich war auch die Begrüßung in Wiesbaden, wo auch der weiteren Umgebung große Menschenmassen zusammengetrömt waren. Im Wiesbadener Kurhaus fand nach der Begrüßung des Reichspräsidenten durch Oberbürgermeister Kreis ein langer musikalischer Festakt statt, bei dem ein Chor aus Rheinland zum Vortrag kam. Den Schluß bildete der bekannte Satz aus der ersten Symphonie von Brahms, gefolgt von Stadt-Kurorchestern unter Leitung des Generalmusikdirektors Schürich. Der Reichspräsident verließ dann wieder, von begeisterten Jurufen begleitet, Wiesbaden, um nach Kassel zu fahren, wo er Gast des Reichskommissars Frhr. Langwerth von Simmern ist.

Stets frisch gebrannt
Kaffee
E. Lindemann
Neuenburg, Tel. 191.

Schöne Jungfrauen,
3-4 Monate alte Tiere, versendet billig
S. Mohr jr., Alm a. D.
Konto-Büchlein
E. Meesche Buchhandlung

Zwangsv. Versteigerung.
Am Dienstag den 22. Juli 1930, vormittags 10 Uhr, kommen in **Waldbrennach** öffentlich gegen Barzahlung zur Versteigerung:
1 Rollengeschell, 1 elektr. Motor mit Vorgeleg und 2 Scheiben, 1 Kastenwagen, 1 Hinterrwagen, 1 alter Gesellschaftsschiffen.
Zusammenkunft am Rathaus.
Hilfenbrand, Gerichtsvollzieher.

Birkenfeld.
1-2 möblierte
Zimmer
in günstiger, sonniger Lage sofort an besseren Herrn oder Fräulein zu vermieten.
Zu erfragen in der Enzfelder-Geschäftsstelle.

Gräfenhausen.
Eine gute
Milch-
Ziege
hat zu verkaufen
Emil Fieß, Wagnernstr.

Demnach, den 20. Juli 1930.
Danklagung.
Beim Heimgange unserer lieben, unerschütterlichen Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante **Friedrike Hörter,** geb. Kübler, sind uns so viele Beweise herzlicher Teilnahme und Bereitung der Heimgegangenen durch Kranz- und Blumenpenden und die Beteiligung beim Gang zur letzten Ruhestätte zuteil geworden, daß wir nur auf diesem Wege unseren tiefgefühltesten Dank zum Ausdruck bringen können. Ganz besonders danken wir auch für den erhebenden Gesang unter Leitung von Herrn Hauptlehrer Kuber.
Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Greif zu! während meines **Saison-Anverkaufs,**
denn niemals wurden **erstklassige Qualitäten in Damen- und Herren-Kleiderstoffen, Aussteuer-Artikeln** zu solch niederen Preisen angeboten. **Kein Ramsch, sondern reguläre Ware verkaufe ich zu Vorkriegspreisen.** Bei mir ist der **Preisabbau** keine leere Phrase, sondern **Tatsache.**
Auf alle im Preise nicht herabgesetzten Artikel **10 Prozent Rabatt**
Carl Scheu, Pforzheim
Das Haus der Stoffe

Schömburg.
Bergebung von Banarbeiten.
Zu meinem **Wohnhausneubau** habe ich die **Grab-, Betonier-, Maurer- und Steinhauer-, Zimmer-, Schmie-, Flaschner-, Scharner-, Glaser-, Schloß-, Treppen- und Koftridarbeiten, sowie die Installation elektr. Lichts und der Wasserleitung** im Submissionsweg zu vergeben.
Pläne, Kostenvoranschlag und Bedingungen sind in meiner Wohnung aufgelegt und wollen Angebote mit Prozenten der Voranschlagspreise bis **Freitag den 25. Juli, abends 6 Uhr,** dafelbst abgegeben werden. Zuschlagsfrist 8 Tage.
Schömburg, den 18. Juli 1930.
S. G. Mattes, Gipfelmester.